

Klaus J. Becker

„Sind Sie eigentlich Kommunist?“

Von den Schwierigkeiten über ein zeitgeschichtliches Thema zu promovieren

Zum Thema meiner Dissertation kam ich eher zufällig. Im Vorstand unseres DGB-Ortskartells waren auch zwei ehemalige KPD-Mitglieder, die immer wieder spannende Episoden aus dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten und dem Kalten Krieg zum Besten gaben. Einer der beiden Kollegen erkannte mein Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung und schenkte mir eines Tages eine große Kiste mit Broschüren, Flugblätter usw. aus seiner Zeit in der westdeutschen FDJ. Mit diesen Dokumenten ging ich zu meinem späteren Doktorvater, der mich damals als wissenschaftliche Hilfskraft im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Perzeption der Sowjetunion durch die Regierung Brandt beschäftigte. Auch er zeigte sich von Dokumenten beeindruckt und so konnte ich ihn davon überzeugen, dass eine Dissertation über die westdeutsche KPD wissenschaftlich durchaus noch neue Erkenntnisse hervorbringen könnte. Zur Einschränkung des Themas einigten wir uns auf die Geschichte westdeutschen Kommunisten in dem Bundesland, in dem ich meinem Wohnsitz hatte. Frischen Mutes ging ich ans Werk, denn schließlich schrieben wir das Jahr 1993; das KPD-Verbot war 1956 erfolgt, also 37 Jahre zuvor. Unter der Berücksichtigung der dreißigjährigen Sperrfrist sollte der Zugang zu den Akten kein Problem mehr sein; außerdem war der Mauerfall schon vier Jahre her; der deutsche Kommunismus war auch in Ostdeutschland Geschichte und das Archiv der SED, das bis 1989 für westdeutsche Forscher gesperrt gewesen war, in den Besitz des Bundesarchivs übergegangen. Zudem hatte ich das große Glück, dass die Hans-Böckler-Stiftung meine Forschungen zu finanzieren gedachte.

Als erstes führte mich der Weg in das Landeshauptarchiv meines Bundeslandes. Natürlich hielt ich vorher den Dienstweg ein; stellte einen Benutzungsantrag unter Angabe meines Promotionsvorhabens und bat um Akteneinsicht. Als ich schließlich den erwarteten Einsichtstermin erhielt, begab ich mich in den Benutzerraum des Landeshauptarchivs und harrete der Dinge, die da kamen. Es erschien eine Archivarin, die mich mit den Worten begrüßte: „So, so, Sie sind der Herr von der NPD!“ Reichlich irritiert, gab ich zu verstehen, dass ich um Einsicht in Akten über die

KPD gebeten hatte. „NPD, KPD für mich sind die das Gleiche und überhaupt haben wir dazu nichts!“. Völlig verunsichert erlaubte ich mir darauf hinzuweisen, dass die KPD doch von 1946 bis 1948 in der hiesigen Landesregierung gesessen habe und Auszüge aus diesen Ministerialakten von einem Mitarbeiter des Hauses sogar schon publiziert seien. Ich bat doch wenigstens diesen Mitarbeiter sprechen zu können, worauf die Archivarin hochroten Hauptes und laut schimpfend den Benutzerraum verließ. Nach einigen Minuten erschien dann tatsächlich der mir namentlich bekannte Mitarbeiter und legte mir auch einige Findmittel vor, so dass ich wenigstens die von ihm bereits in seinen Veröffentlichungen verwendeten Bestände einsehen konnte. Jahre später reichte ich übrigens beim gleichen Landeshauptarchiv meine Inauguraldissertation zur Veröffentlichung ein. Nach Einsicht wurde kritisch angemerkt, dass ich die tatsächlich vorhandenen Bestände des Landeshauptarchivs zur KPD nicht ausreichend beachtet hätte. In Hinblick auf die mir in Aussicht gestellte Veröffentlichung in der Reihe des Landeshauptarchivs waren sie nun uneingeschränkt für mich zugänglich. Konkret bedeutete dies aber für mich zwischen Rigorosum und Drucklegung noch einmal reichlich Nacharbeit.

Aber zurück zum Anfang meiner Dissertation. Entschlossen mich nicht abwimmeln zu lassen, machte ich mich nach dem Besuch des Landeshauptarchivs auf den Weg in das Zentralarchiv einer deutschen Partei; ausgestattet mit der offiziellen Zugangsberechtigung des hiesigen Landesverbandes. Das Gespräch mit dem zuständigen Archivar ergab, dass die wesentlichen Bestände zu meinem Forschungsvorhaben vor der Abgabe in das Zentralarchiv der Partei von den Handlungsakteuren bereits vernichtet worden waren. Was noch vorhanden sei, müsse erst über seinen Schreibtisch, bevor ich es vorgelegt bekommen sollte. Da er im Laufe des Tages aber zur Einsichtnahme dann doch keine Zeit fand, bekam ich schließlich am nächsten Tag die von bestellten Akten ohne Einschränkung zu sehen. Ausgestattet nun mit reichlich Archiverfahrung macht ich mich auf dem Weg nach Frankreich, um dort in einem weiteren Zentralarchiv die Akten der französischen Militärregierung für mein Bundesland einzusehen. Aber Pech gehabt; ich hatte mich zwar ordnungsgemäß angemeldet, aber mein Brief war von der Dienststellenleiterin nicht an die Mitarbeiter weitergegeben worden. Aber Gnade vor Recht durfte ich bleiben und die Findmittel einsehen. Pro Tag durfte man drei Archivkartons bestellen, die einem nach weiteren zwei Tagen ausgehändigt werden sollten. Das Problem war nur, sollte der Sachbearbeiter feststellen, dass die Dokumente gesperrt waren, was

aus dem Findmittel nicht ersichtlich war, bekam man erst nach Ablauf der zwei Wartetage die Fehlanzeige. Es konnte allerdings auch passieren, dass in einem Archivkarton sich nur zwei Blatt befanden. Da war man dann schnell fertig mit seinen drei Archivkartons – da das Archiv auch nur an drei Tagen die Woche geöffnet hatte, verblieb auf diese Art und Weise wenigstens viel Zeit zur Quellenaufarbeitung.

Zurück in Deutschland stellte ich aufgrund meiner bisherigen Forschungsergebnisse einen ersten biographischen Abriss über die führenden Kommunisten in der Nachkriegszeit in meinem Bundesland zusammen. Soweit sie noch lebten, wurden sie als Zeitzeugen und damit potentieller Interview-Partner nun zum Objekt meiner Begierde. Aber auch das erwies sich als schwieriger als gedacht. Mein in Aussicht genommener Zweitprüfer war früher selbst Mitglied der KPD gewesen, hatte sich anschließend zum führenden Kommunismusforscher in Westdeutschland entwickelt und damit gleichzeitig als „der bürgerliche Forscher zum Kommunismus schlechthin“ zum Hassobjekt der von mir angesprochenen Zeitzeugen. Allerdings standen sie auch vor dem Widerspruch, dass ihre vor 1989 in die DDR verbrachten Dokumente inzwischen von der PDS an das Bundesarchiv abgetreten worden waren und dort der „bürgerlichen Forschung“ nun frei zugänglich waren, sie selbst sich aber nach wie vor sich der „bürgerlichen Forschung“ verweigerten. Der Durchbruch gelang mir nur deshalb, weil mit dem offiziellen Ende des Kalten Krieges die westdeutschen Veteranen der FDJ ein Interesse an der Aufarbeitung ihrer Geschichte zeigten und sich dabei nach altem leninistischen Prinzip den „bürgerlichen Geschichtsschreibern“ als „nützliche Idioten“ bedienen wollten. Mir war es recht und dankbar nahm ich deshalb das Angebot des offiziellen Leiter der hiesigen DKP-Geschichtskommission an, der nach einem Grundsatzreferat über den „Klassenverrat“ meines Zweitprüfers sich bereit erklärte, mir die Türen zu weiteren Zeitzeugen öffnete.

In aller Regel verliefen diese Gespräche mit den alten Herren sehr freundlich; nur ein Veteran brach den Kontakt sofort zu mir ab, da ich nach „Namen“ gefragt hatte. Tatsächlich hatte ich diese Zeitzeugen um Ergänzungen meiner biographischen Angaben zu ihnen selbst und zu weiteren Handlungsakteuren gebeten. Aber auch dabei ergaben sich zum Teil recht komische Situationen. Bei einem Interview mit einem ehemaligen Landesvorsitzenden der FDJ fragte ich auch nach dem Schicksal der ehemaligen Landesvorsitzenden der Jungen Pioniere. Die Frage blieb unbeantwortet. Später stellte ich dann bei Abgleich der Geburtsnamen meiner Interviewpartnerinnen fest, dass die von mir gesuchte ehemalige Landesvorsitzende

der Jungen Pioniere die bei jenem Interview anwesende Ehefrau des ehemaligen Landesvorsitzenden der FDJ war. Dass das Vertrauen zu einem „bürgerlichen Historiker“ doch nicht so ausgeprägt war, erlebte ich auch bei anderer Gelegenheit. Die KPD war seit 1951 in eine Halblegalität gedrängt worden und führte ihren ersten Nachkriegsparteitag deshalb in der DDR durch – ein offizielles Protokoll des Parteitages erschien nie, weshalb sein Verlauf für mich auch von besonderem Interesse war. Tatsächlich stieß ich dann im Bundesarchiv in Berlin auf zahlreiche interne Dokumente zum Parteitag, u.a. auch auf die Delegiertenliste aus meinem Bundesland und musste feststellen, dass eine meiner Interviewpartnerinnen auf diesem Parteitag sogar in den Parteivorstand gewählt worden war. In unserem Gespräch hatte sie kein Wort über diese zentrale Parteifunktion verloren. Aus verständlichen Gründen waren meine Interviewpartner vor allem daran interessiert, ihre Opferrolle während des Kalten Krieges zu thematisieren – fast alle waren in der Adenauer-Zeit einmal inhaftiert gewesen - zum Teil sogar monatelang. Die häufigsten Haftgründe waren die Fortsetzung der Mitarbeit in der westdeutschen FDJ nach deren Verbot 1951; einer gab als Haftgrund seine Kontakte zur Nationalen Front der DDR an. Wie sich dann später aus Archivunterlagen herausstellte, war er aber schlicht und ergreifend in eine Kaserne eingebrochen, um militärische Unterlagen an einen östlichen Geheimdienst verkaufen zu können. So hin und her gerissen zwischen den offiziellen staatlichen Archiven, die ihre Unterlagen auch nach Ablauf der Sperrfristen eigentlich lieber für sich behalten wollten und den Zeitzeugen, die im Gesprächsverlauf ihren „Klassenstandpunkt“ immer fest im Blick hatten, förderte ich doch so manches spannendes Resultat zutage. So wurden 1947 acht der vierzehn Landesverbände der Einzelgewerkschaften in meinem Bundesland von Kommunisten geleitet. Bis 1951 war davon keine einzige übrig geblieben. Von ihrer Gewerkschaft vor die Wahl zwischen Funktion und Parteizugehörigkeit gestellt, waren fünf aus Opportunitätsgründen aus der KPD ausgetreten, zum Teil in die SPD übergetreten oder in die DDR übergesiedelt. Einer wurde wegen seiner KPD-Mitgliedschaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen; die Vorsitzenden der Metall- und Bau-Gewerkschaft hingegen traten auf Druck der KPD aus ihrer Partei aus bzw. wurden ausgeschlossen, weil sie sich geweigert hatten, „die Arbeiter in den Kampf zu führen“.

Solche Ergebnisse galt es nun auch zu präsentieren. Dabei wunderte sich eine weibliche ZuhörerIn, wieso ich bei einem solchen Thema statt in roter Kleidung mit schwarzem Jackett aufträte. Dass ausgerechnet das Karl-Marx-Haus in Trier der Ort der offiziellen Präsentation meiner Dissertation war, versöhnte mich dann aber doch mit manchem vorherigen Ärgernis.

Im nachhinein gefragt, worüber man denn eigentlich promoviert habe, löste meine Antwort trotzdem noch manchmal für mich überraschende Reaktionen aus. So kamen einer führenden Lokalpartei doch erhebliche Zweifel, ob man einem Kommunisten, denn wer über die KPD promoviert hat, ist ja ein Kommunist, tatsächlich den eigenen Bestand zur Verzeichnung überlassen könne. Die Tochter eines ehemaligen Bürgermeisters kam ebenfalls zur Erkenntnis, als ich ihr mitteilte, dass in der Nachkriegszeit der Wiederaufbaugedanke über dem lokalen Parteienhader stand und auch ihr Vater gemeinsam mit einem kommunistischen Bürgermeister gearbeitet habe, das vor ihr ein Kommunist stehe, dem man den Nachlass des Vaters keinesfalls anvertrauen könne.

Im Gegensatz zu solch kleinkarierten Denken habe ich selbst für mich die Erkenntnis gezogen, Menschen, die nach zwölf Jahren faschistischer Diktatur sich auch der neuen stalinistischen Diktatur verweigerten, genauso mit Respekt zu behandeln wie jene, die aus ihrer eigenen sozialen Benachteiligung heraus weiter am scheinbaren kommunistischen Lösungsansatz festhielten. Gewidmet habe ich deshalb meine Promotion einem solchen Wanderer zwischen den Welten: Herbert Müller. Geboren 1900 in Ludwigshafen, schloss er sich 1919 der KPD an. 1928 zog er als jüngster Abgeordneter in den bayerischen Landtag ein. Am 2. Mai 1933 verhaftet und zunächst in Ludwigshafen inhaftiert, wurde er am 1. Juli 1933 ins KZ Dachau überführt, aus dem er erst am 3. April 1935 entlassen wurde. Da Müller anschließend die Widerstandsarbeit wieder aufnahm, entging er nur durch seine Flucht nach Frankreich im Oktober 1936 einer erneuten Verhaftung. Ab Januar 1937 beteiligte er sich in Spanien als Kaderoffizier der XI. Internationalen Brigade am Bürgerkrieg. Ende 1938 kehrte er zur Betreuung dort internierter Spanienkämpfer nach Frankreich zurück, um dann selbst bei Kriegsausbruch 1939 in Paris interniert zu werden. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht ging Müller erneut in die Illegalität und übernahm eine führende Tätigkeit in der KPD-Emigrantengruppe in Südwestfrankreich sowie nach der Befreiung im Komitee Freies Deutschland für den Westen in der Region Toulouse. Sofort nach seiner Rückkehr nach Deutschland im August 1945 wurde er

Vorsitzender der KPD in der Pfalz, anschließend Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und schließlich 1947 Landesvorsitzender der KPD in Rheinland-Pfalz.

Gleichzeitig war er Vorsitzender der Stadtratsfraktion der KPD in Ludwigshafen sowie Vorsitzender ihrer Landtagsfraktion. Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Stalin und Tito wurde Müller Opfer einer innerparteilichen Verleumdungskampagne und 1948 wegen „Titoismus“ als Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender in Mainz abgelöst. Weiteren Verfolgungsmaßnahmen entging er im September 1949 nur durch seinen KPD-Austritt, dem er unmittelbar den Übertritt zur SPD folgen ließ. Müller war dann von 1950 bis 1966 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen und verblieb bis 1969 im Stadtrat sowie bis 1971 im Landtag. Trotz seines Bruches mit dem Kommunismus musste er 1951 seine politische Biographie im Sprachgebrauch des Kalten Krieges mit „seit 1919 politisch organisiert“ umschreiben. Diese Sprachregelung wurde konsequent bis zum Ende der politischen Laufbahn von Herbert Müller 1971 durchgehalten. Wissenschaftlich wurde seine dreißigjährige (!) KPD-Mitgliedschaft erstmals wieder 1969 von Hermann Weber publiziert, von Seiten der Presse und der SPD erst anlässlich seines 85. Geburtstag im September 1985. Im „who is who“ wurde Herbert Müller durchgängig als SPD-Mitglied seit 1917 aufgeführt. Da Müller ihnen als Unperson galt, wurde diese Auslassung auch von Seiten der KPD/DKP nicht thematisiert; erst 1991 kritisierte die DKP die Entfernung von „Titoisten“ aus der KPD. Bis zu seinem Tod am 24. November 1994 war Müller mein wichtigster Zeitzeuge.

Nicht mehr interviewen konnten ich Hans Eiden aus Trier. Als Lagerältester übergab er nach neun Jahren Gefängnis und KZ am 13. April 1945 amerikanischen Soldaten das KZ-Buchwald. Mit „Nackt unter Wölfen“ wurde ihm zwar ein filmisches Denkmal gesetzt, sein Name jedoch verschwiegen, da ihn die KPD 1948 aus ihren Reihen ausgeschlossen hatte. Als Unperson sowohl in Adenauers Westdeutschland als auch Stalins Ostdeutschland verstarb Hans Eiden bereits 1950 mit 49 Jahren an den Folgen der Haft.

Trotz der von mir geschilderten kleinen Ärgernisse blicke ich dankbar auf die acht Jahre zurück, die von der Erarbeitung meiner Magisterarbeit bis zur Präsentation des fertigen Werkes hinter mir liegen und die mir den Zugang zu so bemerkenswerten Biographien verschafften.

Der Autor: Dr. Klaus J. Becker, geboren am 07. Juli 1963 in Bockenheim, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Ludwigshafen